Wilsdruffer Tageblatt

Das „Wilsdruffer Tageblatt" erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage, abends 6 Uhr für den folgenden Tag. / Bezugspreis bei Selbstabholung von der Druckerei wöchentlich 20 Pfg., monatlich 70 Pfg., vierteljährlich 2,10 Mk.; durch unsere Austräger zugetragen monatlich 80 Pfg., vierteljährlich 2,40 Mk.; bei den deutschen Postanstalten vierteljährlich 2,40 Mk. ohne Zustellungsgebühr. Alle Postanstalten, Postboten sowie unsere Austräger und Geschäftsstelle nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. / Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen der Betriebe der Zeitungen, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Ferner hat der Inserent in den obengenannten Fällen keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. / Einzelverkaufspreis der Nummer 10 Pfg. / Zuschriften sind nicht persönlich zu adressieren, sondern an den Verlag, die Schriftleitung oder die Geschäftsstelle. / Anonyme Zuschriften bleiben unberücksichtigt. / Berliner Vertretung: Berlin GB. 48.

Wochenblatt für Wilsdruff

und Umgegend.

Erscheint seit dem Jahre 1841.

Amts- Blatt

für die Königliche Amtshauptmannschaft Meißen, für das sowie für das Königliche Königliche Amtsgericht und den Stadtrat zu Wilsdruff Forstrentamt zu Tharandt.

Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 28614.

Anzeigenpreis Pfg. für die 6gespaltene Korpuszeile oder deren Raum, Lokalpreis Pfg. Reklamen Pfg., alles mit 6% Teuerungszuschlag. Zeitraub- und tarifarischer Satz mit 50% Aufschlag. Bei Wiederholung und Jahresaufträgen entsprechender Nachlaß. Bekanntmachungen im amtlichen Teil (nur von Behörden) die Spaltzeile 60 Pfg. bez. Pfg. / Nachweisungs- und Offertengebühr 20 bez. 30 Pfg. / Telephonische Inseraten-Aufgabe schließt jedes Reklamationsrecht aus. / Anzeigenannahme bis 11 Uhr vormittags. / Beilagengebühr das Tausend 6 Mk., in die Postauflage Zuschlag. / Für das Erscheinen der Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr geleistet. / Sämtliche Plätze vorbehalten 25% Aufschlag ohne Rabatt. / Die Rabattsätze und Netopreise haben nur bei Bezahlung binnen 30 Tagen Gültigkeit, längeres Ziel, gerichtliche Einziehung, gemeinsame Anzeigen verbieten. Inseraten verbindet die Berechnung des Preises zu den Preisen. / Sofern nicht schon früher ausdrücklich oder stillschweigend als Erfüllungsort Wilsdruff vereinbart ist, gilt es als vereinbart durch Annahme der Rechnung, falls nicht der Einspänger innerh. 8 Tagen, vom Rechnungstage an, Widerspruch erhebt.

Nr. 160. | **Freitag den 12. Juli 1918** | **77. Jahrg.**

Der amtliche Teil befindet sich auf der 4. Seite.

Ein mißlungener Angriffsversuch von 6 amerikanischen Flugzeugen auf Koblenz.

Der Ministerwechsel.

Die Julluft scheint in Deutschland den Ministern nicht zu bekommen. Im vorigen Jahre war es Herr v. Bethmann Hollweg, der ihrer gewitterschwangeren Schwüle unterlag, trotzdem er bis zum letzten Augenblick als der starke Mann zu erscheinen suchte, der er im Grunde seines Wesens nicht war. In diesem Jahre folgt ihm, fast genau auf den gleichen Tag, Herr v. Kühlmann in die Versenkung, unter Begleitumständen, die sein Wiederauftauchen zu späterer Zeit und auf anderem Posten eigentlich ebenso unglaubhaft erscheinen lassen wie es bei dem früheren Reichskanzler der Fall ist. Sein unmittelbarer Nachfolger, Herr Dr. Michaelis, verwaltet heute als Oberpräsident die Provinz Pommern; die Herren v. Bethmann Hollweg und Dr. v. Kühlmann dürften dagegen dauernd im Privatleben, dem sie nach längerer oder kürzerer Amtstätigkeit wiedergegeben sind, bleiben.

Aber das sind Nebenfragen, die heute keine Bedeutung haben. Heute steht einzig und allein die Sorge im Vordergrunde, ob und wie wir diesen neuen Ministerwechsel in einem Augenblick voller politischer Hochspannungen überstehen werden. Einmal nach außen hin, wo man sich gewöhnt hat, in Herrn v. Kühlmann den Hauptträger der Verständigungsströmungen in Deutschland zu erblicken, den man zwar um deswillen nicht weniger abweisend behandelte, so oft er Friedensfühler ausstreckte, an den aber doch diejenigen Friedensfreunde im Lager unserer Feinde sich hielten, die den Mut zur Vertretung ihrer Anschauungen noch nicht ganz und gar verloren hatten. Nun, ihnen ist zu sagen, daß Herr v. Kühlmann bei allem seinem Hervortreten in der großen Öffentlichkeit doch immer nur einer der Staatssekretäre des Reichskanzlers gewesen ist; der wichtigste seiner politischen Mitarbeiter, zweifellos, aber doch eben nur sein Mitarbeiter. Die maßgebenden Richtlinien unserer auswärtigen Politik wurden vom Grafen Hertling als dem einzigen, nach der Verfassung verantwortlichen Reichsbeamten, im Einvernehmen mit dem Kaiser selbstverständlich und mit der Obersten Heeresleitung, die uns den Sieg über eine Welt von Feinden verbürgt, festgelegt, und der Reichskanzler hat an diesen Sachverhalt wiederholt vor allem Volke nachdrücklich erinnert, als der Anschein entstanden war, als wären ihm die Fäden der politischen Geschäftsführung vorübergehend zum mindesten in dem Wirrsal dieser Kriegserscheinungen entglitten. Was Herrn v. Kühlmann jetzt zum Verhängnis geworden ist, war nicht etwa seine Friedenssehnsucht, von der sich wohl kein Mensch in Deutschland — und auch sonst auf der ganzen Welt — frei fühlen wird. Der Vorwurf, der ihn trifft, besteht darin, daß er die vom Kanzler festgelegte und von ihm selbst gebilligte Politik in ungeeigneter Form öffentlich vertreten hat. Ob dabei bewußte Absicht oder persönliches Mißgeschick obgewaltet hat, kommt für die sachliche Beurteilung des Falles nicht in Frage. Für sie muß es genügen, daß Herr v. Kühlmann durch den Ton und auch durch den Inhalt seiner letzten Reichstagsrede die Ziele gefährdet hat, zu denen er sich vorher dem vorgesetzten Kanzler gegenüber ausdrücklich bekannt hatte. Bleibt also Graf Hertling auf seinem Posten, so wird auch an der bisherigen Politik unserer Reichsleitung nichts geändert, und die Entlassung des Herrn v. Kühlmann ist gerade ein Beweis dafür, daß an diesen Grundlagen unserer Politik niemand rütteln darf, und sei er auch noch so hochgestellt. So liegen die Dinge, das Ausland mag dazu sagen, was es will.

Aber auch für unsere innerstaatlichen Verhältnisse gilt das gleiche: es bleibt alles, wie es war — wenigstens soweit der Wille der Reichsregierung dabei entscheidend ist. Hier bietet nicht nur das Verbleiben des Grafen Hertling an der Spitze der Reichsleitung die Gewähr dafür, daß keinerlei Kursänderung beabsichtigt wird. Auch Herr v. Payer würde unzweifelhaft sofort seine Koffer packen, wenn etwa mit Herrn v. Kühlmann die innere Verständigungspolitik fallen gelassen werden sollte, die dem schwäbischen Demokraten die Übernahme seiner hohen Reichsstellung ermöglichte. Davon ist in Wirklichkeit gar keine Rede. Herrn v. Payer scheint es denn auch in Wirklichkeit bereits gelungen zu sein, die Parteien der Linken über den Grund und den Sinn des Ministerwechsels einigermaßen zu beruhigen. Die Aufregung des ersten Augenblicks hat wieder vernünftigen Überlegungen Platz gemacht, und man zeigt sich bereit, den Kanzler und seinen neuen Staatssekretär über ihre Ziele und Absichten zu hören und sich erst nachher ein abschließendes Urteil über die letzten Vorgänge zu bilden. Das ist ein billiges Verlangen, gegen das niemand etwas einwenden kann. Das Recht des Kaisers, seine Berater nach freier Wahl zu bestimmen, darf und soll nicht angetastet werden und es war nach gewissen Vorgängen des vorigen Jahres zum mindesten nicht überflüssig, daß Graf Hertling von diesem Kronrecht einen weithin sichtbaren Gebrauch machte.

Aber auch der deutschen Volksvertretung soll und muß natürlich ihr Recht werden. Sie wird sich sehr bald davon überzeugen, daß die Regierung nicht daran denkt, es ihr zu verkürzen, und so darf man hoffen, daß auch dieser Julisturm vorübergehen wird, ohne das feste Gefüge unseres Reiches auch nur im geringsten erschüttern zu können.

•

Nachklänge.

Von einem politischen Mitarbeiter.

-dt. **Berlin**, 10. Juli.

Herr v. Kühlmann hat, alles in allem genommen, bei seinem Abgang, abgesehen von den Blättern, die ihn seit je heftig befehdeten, eine leidliche Presse, die sich sichtbar bemüht, dem scheidenden Staatsmann gerecht zu werden. Einen auffallend warmen Nachruf widmet ihm die Nordd. Allg. Ztg., die von ihm sagt, er galt, nach Bismärckischem Wort, als das letzte Pferd im Stall der deutschen Diplomatie und ihren Nachruf mit den Worten schließt: „Die auswärtige Politik seiner Amtszeit und seine persönliche Verantwortung dafür haben zum Teil leidenschaftlich Gegnerschaft gefunden, ein Zeichen, daß eine ausgeprägte Persönlichkeit ihren Tagen den Stempel aufdrückte. Schwache Erscheinungen in der Politik pflegen keine heftigen Anfeindungen hervorzurufen. Tiefere Einsicht in die Ereignisse unserer Tage wird, soweit es heute noch nicht geschieht, auch den großen sachlichen Verdiensten Herrn v. Kühlmanns gerecht werden."

Daß sich an den Namen Kühlmann gewisse Hoffnungen weiter Kreise innerhalb des Reichstages knüpften, geht aus der Erregung hervor, die der unerwartete Wechsel im Auswärtigen Amt ausgelöst hat. Insbesondere wird die Frage vielfach besprochen, ob in der Tat, wie amtlich versichert wird, der Kurs der alte bleiben soll. Der Vorwärts glaubt daran zweifeln zu sollen. „Daß Hertling ohne Kühlmann nie Kanzler geworden wäre, so schreibt das Blatt, ist ziemlich allgemein bekannt. Herr v. Kühlmann hat das Vertrauen, das er damals bei der Linken besaß, dazu benutzt, um für Hertling zu wirken. Hier aber sprachen alle sachlichen Erwägungen dafür, daß Kühlmann nicht, wenigstens nicht jetzt und nicht zur Strafe für eine allzu wahrheitsliebende Rede entlassen werden dürfe. Trotzdem zerschnitt der Kanzler ruhig das Seil, das ihn mit dem Kanzlermacher verband." Und weitere Kreise folgern daraus, daß die auswärtige Politik künftig anderen Richtlinien folgen werde wie bisher. Je nach dem Parteistandpunkt wird dieser vermutete Wandel begrüßt oder verurteilt. Die Leipz. N. N. geben den Hoffnungen ihrer Kreise mit den Worten Ausdruck: „Wir brauchen endlich einen Staatssekretär, der deutsche Politik machen kann. Dazu muß er vor allen Dingen außerhalb der Gedankengänge derer um Lichnowsky stehen, die in Hindenburg nur so etwas wie den Reichshausknecht erblicken, der den Landesfeind hinauszuwerfen und am Wiederkommen zu hindern hat. Wir brauchen einen Staatssekretär, der seine politischen Erfolge nicht trotz der deutschen Waffenerfolge sucht, sondern mit ihnen, getragen von ihnen."

Daß man einen Kurswechsel vermutet und den plötzlich genehmigten Rücktritt Kühlmanns nur durch ihn zu erklären versucht, kam in dem Beschlusse des Reichstags zum Ausdruck, die Kriegskredite dem Hauptausschuß zu überweisen. Graf Hertling hat allerdings in der Depesche, in der er dem Vizekanzler Herrn v. Payer aus dem Hauptquartier die Entlassung Herrn von Kühlmanns und die voraussichtliche Berufung Herrn von Hintzes mitteilte, erklärt, daß seine Politik unverändert bleibe. Indessen die Umstände, die zum Rücktrittsgesuch Herrn von Kühlmanns führten, lassen der Mehrheit des Reichstags die Frage berechtigt erscheinen, ob der Kanzler noch zu der Politik stehe, die er — mit tatkräftiger Unterstützung Herrn von Kühlmanns, der damals ja schon im Amte war — ausdrücklich angenommen und durchzuführen versprochen hat. Graf Hertling wird nun am Donnerstag, spätestens Freitag, vor dem Hauptausschuß erscheinen, um seine Stellungnahme zu rechtfertigen. Es steht also im Hauptausschuß — und im Anschluß daran wahrscheinlich auch im Reichstag selbst — eine große politische Aussprache bevor. Sie wird Klarheit über die Stellung der Mehrheitsparteien zur Regierung bringen, sie wird vor allem gleich darüber entscheiden, ob Herr von Payer, der als Vertrauensmann der Mehrheit den Vizekanzlerposten übernahm — im Amte bleibt.

Herr v. Kühlmann hat sich unmittelbar nach seiner Rückkehr aus dem Großen Hauptquartier von seinen Mitarbeitern verabschiedet, und wird sich auf sein bayerisches Gut begeben, um sich zu erholen. Die Geschäfte führt bis zur Ernennung des neuen Namens der stellvertretende Staatssekretär Herr v. d. Busche-Haddenhausen. Man auf unterrichteter Seite verlautet, daß Herr v. Kühlmann sich ins Große Hauptquartier begeben hatte, um über die durch die Ermordung des Grafen Mirbach in Moskau geschaffene Lage zu beraten. Der Staatssekretär empfing bei der Besprechung aber den Eindruck, daß er nicht mehr der Mann des unbedingten kaiserlichen Vertrauens war und so nahm er sofort seinen Abschied, d. h. er setzte einen sehr lange gefaßten Entschluß in die Tat um, obwohl er, wie es heißt, gebeten wurde, zunächst die Erledigung der Kriegskredite abzuwarten . . .

Der neue Mann, Admiral v. Hintze, wird von allen Parteien mit abwartender Zurückhaltung empfangen. Man weiß von ihm nichts, als daß er sich in diplomatischen Sendungen bewährt hat, und daß der Kanzler sich dafür verbürgt, daß der Kurs auch unter Herrn v. Hintzes Leitung der alte bleibt.

Der russische Hexenkessel.

Zusammenbruch englisch-französischer Hoffnungen.

Kopenhagen, 10. Juli.

Die Moskauer Regierung gibt bekannt, daß der Putsch der Sozialrevolutionäre in Moskau endgültig niedergeschlagen ist. Über 1000 Aufrührer und Agenten Englands und Frankreichs wurden verhaftet. Die Stadt ist ruhig. Aus Moskau wird gemeldet, die Sowjets würden nunmehr den Vierverband als Feind der russischen Freiheit erklärrn. Sie rufen bereits das Volksheer zum Schutz mit den Waffen gegen die ehemaligen Verbündeten auf.

In der allrussischen Sowjetversammlung trat Trotzki für die sofortige Aufstellung einer großen und starken Armee ein. Rußland, sagte er, stehe wieder im Zeichen der allgemeinen Wehrpflicht. Die Enttäuschung des Verbandes über den Zusammenbruch des Moskauer Streiches macht sich in Wutschreien der Londoner und Pariser Presse Luft. Sie fordern ein aktives Vorgehen über die Murmanküste gegen die Bolschewisten.

10 000 Franzosen gelandet.

Stockholm, 10. Juli.

In Hafen von Archangelsk landeten etwa 10 000 Franzosen und Serben. Der kommandierende General erklärte, er wolle Stadt und Land vor einem Überfall deutscher Kriegsgefangener schützen.

Das Amtsblatt der Sowjetregierung fordert die Russen auf, die Eindringlinge aus Rußland zu vertreiben. Die Bolschewisten sammeln ein Heer von einer halben Million Mann gegen die Engländer an der Murmanküste. Die Eisenbahnlinien dahin sind militärisch besetzt. Der gesamte diplomatische Brief- und Drahtverkehr des Verbandes aus Rußland wird von Bolschewisten nachgeprüft.

Die Sowjetregierung untersagte dem englischen Gesandten, der in Wologda mit anderen Verbandsdiplomaten die sowjetfeindliche Gegenrepublik ausrufen ließ, die Reise von Wologda nach Archangelsk. Der Befehlshaber der britischen Kriegsschiffe vor Archangelsk erhielt aus London Anweisung, die Murmanküste gegen die Bolschewisten zu schützen.

Kleinkrieg im Innern.

Der Krieg gegen die aufrührerischen Tschecho-Slowaken ist noch immer unentschieden. In der Richtung Jekaterinburg—Tscheljabinsk rücken die Rätetruppen gegen Tschechen und Kosaken siegreich vor, ebenso in der Richtung auf Tobolsk. Der Führer der Tschechow-Slowaken, Oberst Hurbein, reiste über Wladiwostok nach Amerika. Aus Wladiwostok werden heftige Straßenkämpfe zwischen Bolschewisten und Tschechen gemeldet.

•

Trauerfeier für den Grafen Mirbach.

Kiew, 10. Juli.

In Moskau fand im Hause der deutschen diplomatischen Vertretung eine Trauerfeier am Sarge des ermordeten Botschafters statt, dann wurde der Sarg zur Überführung nach Deutschland auf den Bahnhof gebracht. Dort sprach der Vertreter der Sowjetregierung, Tschitscherin, in deren Namen „die tiefe Teilnahme der Republik zum Tode des edlen Mannes aus, der für die Sache des Friedens gestorben war".

Dadurch hat die Sowjetregierung aufs neue betont, daß Graf Mirbach im Gegensatz zu den Lügen der Ententeblätter ein wahrer Freund des russischen Volkes gewesen ist, und daß der Meuchelmord einzig und allein dem Verband Mittel zum Zweck war, Rußland mit Deutschland zu verfeinden.

Englische Eingeständnisse.

Der englische Schiffbau ist, wie die „Times" zugeben, im Kampfe gegen die Versenkungen durch deutsche U-Boote unterlegen. Auch der „Manchester Guardian" schreibt,

SLUB Wir führen Wissen. Heimatmuseum der Stadt Wilsdruff WILSDRUFF